



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 130'837
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.82
Abo-Nr.: 1078757
Seite: 12
Fläche: 11'707 mm²

VBS erhält erst jetzt Einblick in Gripen-Vertrag

Das Verteidigungsdepartement wird erst in den nächsten drei Wochen Einblick in den Vertrag erhalten, welcher für den Kampfjet-Kauf entscheidend ist.

Sarah Nowotny

Der Kauf des schwedischen Kampfjets Gripen für 3,2 Milliarden Franken verzögert sich. Diese Woche hat die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats das Geschäft bis August sistiert. Dies vor allem deshalb, weil sie vom Verteidigungsdepartement (VBS) wissen will, welche Sanktionsmöglichkeiten die Schweiz hätte, falls Schweden nicht wie vereinbart liefert. Bisher hat das VBS versichert, dass die Schweiz über ausreichende Garantien verfügen werde. Der Hintergrund: Schweden will ebenfalls Gripen-Jets kaufen und hat zu diesem Zweck einen Vertrag mit dem Hersteller Saab geschlossen, der auch regeln soll, was Schweden von Saab im Fall von Lieferproblemen erhält. Für die Schweiz sollen dieselben Bedingungen gelten. Doch nun zeigt sich: Die VBS-Leute hatten bis jetzt keinen Einblick in diesen Vertrag. «Die Einsicht wird in den nächsten drei Wochen stattfinden»,

teilt das VBS auf Anfrage nun mit.

Dies dürfte für einige Verwirrung in der Sicherheitspolitischen Kommission sorgen. Übereinstimmend berichten Kommissionsmitglieder, es sei bei den Auftritten von Verteidigungsminister Ueli Maurer vor dem Gremium jeweils nicht klar gewesen, wie gut das VBS über den offenbar geheimen Vertrag zwischen Saab und Schweden Bescheid wisse. «Das ist für mich überraschend», kommentiert Kommissionsvizepräsident und SVP-Nationalrat Thomas Hurter die Information, dass der Einblick erst in den nächsten Wochen erfolgt. «Das VBS hat den Auftrag, die Garantien und Absicherungen vertraglich glasklar festzulegen.»

Gelingt es Maurer nicht, die meisten bürgerlichen Parlamentarier davon zu überzeugen, dass sich die Schweiz gut abgesichert hat, dürfte der Gripen-Kauf platzen. Denn die Linke ist ohnehin dagegen. «Die Vertragsverhandlungen mit Schweden werden weitergeführt», teilt das VBS denn auch mit. «Bei den laufenden Verhandlungen geht es um Klauseln, die eine Nichterfüllung von Leistung und Zeitplan regeln, sowie um den Zahlungsplan und die Handhabung der Inflation.»